

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Wochentagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Postgebühren 10 Pf. Alle Belegstellen und Postämter, unter Beachtung des Postgesetzes, sind zu bedienen. Einzelhefte 5 Pf. Wochenschrift für Wilsdruff u. Umgegend. Redaktion: Wilsdruff, Postfach 10. Telefon: 10. Dr. H. Wilsdruff, Wilsdruff, Postfach 10. Dr. H. Wilsdruff, Wilsdruff, Postfach 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 131 — 94. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 7. Juni 1935

Ostpreußen im neuen Reich.

Von Dr. Hans Wetke,
Vizepräsident des Oberpräsidiums, Königsberg i. Pr.
Ein Kapitel deutscher Geschichte zur Pfingsttagung des VDA in Königsberg.

PPD. In dem stolzen Bewußtsein einer erfüllten Mission in der deutschen Geschichte hat Ostpreußen vor wenigen Jahren erst die 700jährige Wiederkehr des Tages begangen, an dem der deutsche Ritterorden die Christianisierung und Kolonisation des Landes begann. Von diesem Zeitpunkt an hat sich die Geschichte dieses alten Grenzlandes, hart und schicksalvoll in ihrem jahrhundertlangen Ablauf, in einem ständigen Wechsel angespanntester Aktivität und arger Zurückgezogenheit vollzogen. Perioden höchsten Glanzes, in denen der Blick der gesamten Nation nach Ostpreußen gerichtet war, werden abgelöst von Zeiten, in denen Ostpreußen in das beschauliche Leben einer kleinen Verwaltungsprovinz zurückfiel und — trotz seiner vielermaßen Stellung als Wiege der Nation — aus dem Bewußtsein des Volkes zu schwinden drohte.

Immer in der Geschichte sind die entscheidenden Impulse zu großen inneren Wandlungen unseres Volkes erst in Zeiten der größten Gefahr lebendig geworden. Was wir jetzt hier sehen, war fast zu allen Zeiten Schicksal und Aufgabe des ostpreussischen Grenzlandes. Darum haben sich in dieser Landschaft seit der Urzeit jene geschichtlichen, politischen und geistigen Kräfte entwickelt, die Brandenburg und Preußen mitformen und von da eingegangen sind in das Wesen und Gelingen des neuen Reiches. Es hat deshalb einen tiefen Sinn, daß gerade in Ostpreußen, der Stammprowinz des altpreussischen Staates, der Nationalsozialismus schon frühzeitig so starken Widerhall gefunden hat, wo der Kampf an der Grenze gegen fremdes Volkstum und landfremde Zivilisation täglich Opferwilligkeit und Einsatzbereitschaft erforderte. In der Wahl vom 12. November 1933 hat Ostpreußen sein hohes Bewußtnis zum Nationalsozialismus klar zum Ausdruck gebracht und sich mit 97,3 v. H. nationalsozialistischer Wähler an die Spitze aller deutschen Wahlkreise gestellt.

Als der Volksbund für das Deutschtum im Auslande im Jahre 1932 seine Pfingsttagung auf ostpreussischem Boden in der alten Hansestadt Elbing abhielt, galt Ostpreußen noch als das Stiefkind der Nation. Wirtschaftlich stand es unter allen deutschen Landesteilen weitest am tiefsten im Tale der Not. In dieser Hinsicht ist seit der Machtübernahme in der kurzen Zeitspanne zweier Jahre ein grundlegender Wandel eingetreten. Unter der starken und zielbewußten Führung des Nationalsozialismus ist die ostpreussische Bevölkerung zu den Quellen ihrer Kraft zurückgeführt und hat in Selbstverleugern und straffer Disziplin ihr Schicksal selbst gemeißelt. Mit fester Hand packte man das Unheil bei der Wurzel und schuf binnen kurzem aus der scheinbar zu dauerndem Stetium verurteilten Grenzprovinz das Kernstück nationalsozialistischer Aufbauarbeit, „das erste Batallion Garde der nationalsozialistischen Revolution Adolf Hitlers“, wie unser Gauleiter einmal gesagt hat.

Im neuen Reich fällt dem Osten die hohe Aufgabe zu, das deutsche Volk wieder zur Bodenständigkeit zurückzuführen und durch Stärkung und planmäßige Förderung eines mit der Scholle fest verwurzelten Bauerntumsgeschlechtes die Verbindung zum Boden im Volke dauernd aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne und in der Erkenntnis, daß die großen Aufgaben Ostpreußens im neuen Reich die wirtschaftliche Stärkung des Landes und der Bevölkerung verlangen, ist Ostpreußen vor zwei Jahren darangegangen, ein großzügiges Aktivierungsprogramm seiner Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Es knüpft dabei bewußt an seine große historische Sendung an, die es auch im neuen Reich dazu vorbestimmt. Schrittmarker nationalsozialistischer Wirtschaftsaufbaus und außenpolitischer Friedenspolitik zu sein.

Das Ziel der praktischen Wirtschaftsförderung war von vornherein darin gegeben, das in der liberalistisch-marxistischen Epoche verelendete und ausgeblutete Wirtschaftsleben der Provinz zu stärken und durch eine fühbare Verdichtung der Bevölkerungszahl und Raufkraftsteigerung des Binnenmarktes der Absatz im eigenen Lande zu sichern. Reichen doch allein die Produktionsreserven der ostpreussischen Landwirtschaft dazu aus, neben der einheimischen Bevölkerung von fast zweieinhalb Millionen auch die Ernährung von weiteren drei Millionen Deutschen in vollem Umfange sicherzustellen. Da diese neue Konsumtenschicht allein durch Förderung der Agrarwirtschaft und insbesondere der ländlichen Ziedlung nicht geschaffen werden kann, treten naturnotwendig die Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten in Industrie, Handel und Gewerbe in den Vordergrund des Aufbaus.

Mit der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den beiden vorausgehenden Jah-

Appell an die wirtschaftliche Vernunft.

Reichsbankpräf. Dr. Schacht auf der Internationalen Wollkonferenz in Berlin.

Die erste Internationale Wollkonferenz, die am 6. und 7. Juni in Berlin tagt, wurde in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Delegierter von dem Vorsitzenden der Internationalen Wollvereinigung, Maurice Dubruat, eröffnet. Reichsbankpräsident Dr. Schacht überbrachte dann auftragsgemäß die Grüße des Führers und Reichskanzlers, der infolge seiner Abwesenheit von Berlin zu seinem Bedauern verhindert sei, die Delegation der Internationalen Wollvereinigung zu empfangen. Namens des Führers und der Reichsregierung wünschte Dr. Schacht der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf. Dr. Schacht fuhr fort: Es sei üblich, bei Gelegenheiten wie der vorliegenden, eine wohl vorbereitete und wohltemperierte Begrüßungsansprache zu halten. Er möchte heute hier von abgeben und einmal als ehemaliger Kaufmann zu den Teilnehmern der Konferenz sprechen. Denn die erfolgreiche Führung der privaten Wirtschaft sei die Vorbedingung jeder Volkswirtschaft.

Politik und Politiker könnten nur leben, wenn die Wirtschaft gesund sei.

Dr. Schacht verwies auf die ungeheure Verwirrung und Unsicherheit, die in allen Ländern in die Wirtschaft hineingetragen worden sei durch die politischen Fehler der Vergangenheit. Internationale politische Konferenzen hätten ebenso abgewirtschaftet wie die internationalen volkswirtschaftlichen Konferenzen. Deshalb seien Tagungen der Privatwirtschaftler, die an der Aufrechterhaltung und Wiederbelebung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen direkt interessiert seien, vielleicht ein geeignetes Mittel, um wieder zur Vernunft zurückzuführen. Dr. Schacht wies dann darauf hin, daß die Teilnehmer der Konferenz sicherlich neben ihren beruflichen Fragen, die sie bei der Konferenz zu behandeln gedächten, auch den Wunsch hätten, das neue Deutschland kennenzulernen. Sicherlich würden sie auch an dem neuen Deutschland diese und jene Mängel bemerken, wie es auch vor dem Kriege hier und bei jedem anderen Staatswesen der Fall gewesen sei; aber

eine große Wandlung sei in Deutschland zu bemerken: es herrsche ein einheitlicher Wille von der obersten bis zur untersten Stelle, und dieser Wille sei darauf gerichtet, durch die Störungen seitens der internationalen Politik nicht auch das innere Wirtschaftsgebäude zerstören zu lassen. Deutschland müsse sich mit dem Außenhandel so recht und so leicht wie möglich abfinden, aber es richte

sich im Innern so ein, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt werde und Ruhe und Ordnung in der Wirtschaft herrsche. Die Reichsregierung wünsche die deutsche Wirtschaft, ihre Konsumkraft und das deutsche kaufmännische Empfinden für eine bessere Zukunft instalt zu halten und den Wert internationaler kaufmännischer Beziehungen zu demonstrieren. Denn ewig würden die Fehler der bisherigen Politik nicht dauern, die Wälder entlang der Grenze zum normalen Austausch von Waren und Leistungen, auf dem allein die Zivilisation beruhe. Dieser Wille der Völker zu fruchtbringender Arbeit sei es, der ihn, so fuhr Dr. Schacht fort, mit einem unzweifelbaren Optimismus erfüllte.

Serzlicher Empfang für General Göring in Belgrad.

Ministerpräsident General Göring traf mit seiner Begleitung am Donnerstagabend auf dem Flughafen von Semlin bei Belgrad ein. Der Ministerpräsident war am Vormittag im Kraftwagen von Dubrownik nach Belgrad gefahren und hatte von dort aus die Reise nach Belgrad mit dem Flugzeug fortgesetzt.

Zum Empfang des Ministerpräsidenten General Göring hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden,

an ihrer Spitze der deutsche Gesandte von Becken und die Mitglieder der Gesandtschaft. Als Vertreter des Königs war dessen Adjutant Oberst Boschop, als Vertreter des Ministerpräsidenten der Gehilfe des Außenministers Jurkisch und als Vertreter des Außenamts der Protokollchef Nowakowitsch erschienen. Das gesamte Fliegerkorps hatte unter Kommando des Obersten Mikowitsch auf dem Flughafen Aufstellung genommen. Auch die Deutsch-Südslawische Gesellschaft, die deutsche Kolonie und

zahlreiche Schwaben erwarteten die Gäste, die nach der Landung von allen Seiten an erster Ordnung herzlich begrüßt wurden. Der Protokollchef überreichte Frau Göring einen Blumenstrauß. Nachmittags waren die Hauptkreaturen und die schwarzweißen rote Kabine gebitt.

Ministerpräsident Göring begab sich vom Flughafen im Kraftwagen in das Hofmarschallamt, wo er seinen Namen in das Hofbuch eintrug. Sodann fuhr er in die deutsche Gesandtschaft, wo er und seine Frau wohnen werden.

Laval die Regierungsbildung gelungen

Lehrreicher Anschauungsunterricht.

Die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Frankreich abgespielt haben, sind für jeden, der sich mit dem Studium der Staatsformen befaßt, von interessanter Bedeutung.

Während das französische Volk den dringenden Wunsch hat, daß mit raschen, klaren Maßnahmen der Frankenspekulation entgegengetreten wird, hat es die parlamentarische Organisation möglich gemacht, daß innerhalb der Zeit nutzlos verstreichen mußte. Denn die Sachlage ist eine außerordentlich einfache. Es gibt eine ganze Reihe von sektoriellen Maßnahmen, die gegenüber spekulativen Manövern, wie sie gegenwärtig mit dem Franken betrieben werden, unternommen werden können. Wesentlich für solche Maßnahmen ist an sich nicht die Persönlichkeit, die sie durchführt, sondern nur die Frage, ob sie rasch und energisch in Angriff genommen werden. Aber was kümmert es den Parlamentarier, ob Staat und Volk Not leiden. Hier werden nicht Volksinteressen vertreten, sondern Parteiinteressen. Die Partei über das Volk, so heißt im „demokratischen aller Staaten“ die Parole. Statt eine Beschlusmañana zu unterstützen, wird

auf Grund parlamentarischer Arithmetik den Männern, die willens und in der Lage sind, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, die Möglichkeit dazu erschwert und das Volk in den Zustand der Verfassung verlegt. Die Spekulation aber ist der lähmende Dritte.

Wir verfolgen solche Beispiele mit besonderem Interesse, denn sie erinnern daran, daß noch nicht viel Zeit vergangen ist, seit auch in Deutschland Regierung zum Schaden des Volkes das Ergebnis endloser parlamentarischer Koalitionsverhandlungen und eines widerständlichen Aufhandels um Abgeordnetenstimmen waren. Beispiele, wie wir sie in den letzten Tagen bei unserem westlichen Nachbar vor Augen geführt erhielten, bekräften in uns den Dank an den Führer, der Deutschland das Gesetz des Handelns wiedergegeben und uns aus der Schacherwirtschaft des Parlamentarismus befreit hat.

Auch Piétri verzichtet.

Am Donnerstagnachmittag hat auch Marineminister Piétri auf den Auftrag der Regierungsbildung verzichtet. Schon die ersten Besprechungen, die Piétri mit den Vertretern der einzelnen parlamentarischen Gruppen zu Beginn des Nachmittags führte, hatten ihn davon überzeugt, daß seine Aussichten, mit dem Kabinett zustande zu kommen, verschwindend gering wären. Er begab sich daher zum Präsidenten der Republik ins Elisee und teilte ihm mit, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung nicht übernehmen könne. Piétri erklärte beim Verlassen des Elisees kurz und offensichtlich verstimmt, daß er eine Übergangsformel für die Vollmachtsübergabe ins Auge gefaßt habe und daß er alle Parteien an der Regierung habe beteiligen wollen. Er habe sich aber davon über-